

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Mitgliederversammlung

AntragstellerInnen: Anke Erdmann,
Kirsten Wegner, Willig Voigt, Andrea
Hake, Angelika Oschmann

Gegenstand:
Bildungsregion Kiel muss
durchstarten

Antrag

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Unsere Bildungslandschaft in Kiel ist massiv in Bewegung geraten. Vom Krippenausbau für die Kleinsten, über den Umbau der Schullandschaft, den Ausbau von Ganztagschulen, die Verbesserung des Übergangs von Schule in den Beruf und die Umstellungen an den Universitäten – überall Veränderung. Kiel als Stadt muss massiv sparen. Dennoch haben wir in den letzten Jahren in der Stadtpolitik einen Schwerpunkt auf den Bildungsbereich gelegt. Genannt sei hier der Anstieg der U 3 Plätze von 16,8% in 2008 auf 33,8% in diesem Jahr. Wir haben eine Qualitätsoffensive für die Kitas gestartet, so unterstützen wir z.B. die Kitas in schwierigen Sozialräumen mit zusätzlichen Stunden. Auch beim Mensaausbau geht es voran u.a. an der Goetheschule und der Gemeinschaftsschule am Brook. Wir haben ebenfalls den Mut gehabt, in diesen Zeiten endlich die längst überfällige Sanierung der Regionalen Berufsbildungszentren anzugehen. Ein Hundert-Millionen-Paket für die Schulen, die oft übersehen werden, aber wichtige Arbeit machen. Den Ausbau der Schulsozialarbeit treiben wir voran, so dass wir bald auf durchschnittlich eine halbe Stelle pro Schule kommen.

Wir wissen aber, dass der Sanierungsstau über Jahrzehnte so stark angewachsen ist, dass selbst die 2,5 Mio. Euro, die Kiel seit zehn Jahren jährlich allein für die Sanierung der Schulen ausgibt, zusammen mit den Millionenbeträgen aus dem Konjunkturpaket II, noch immer an vielen Schulen spürbar ist. Genauso wissen wir, dass viele Schulen zwar ihre innere Struktur verändert haben, wir aber mit den nötigen Umbauten nicht schnell genug nachkommen. So warten die Schule am Heidenberger Teich, die als gebundene Ganztagschule schon gestartet ist ebenso wie z.B. die Gemeinschaftsschule in Elmschenhagen auf die nötigen und versprochenen baulichen Anpassungen.

Wenn so viel in Bewegung gerät, muss sich das auch in der Verwaltung widerspiegeln. So haben wir vor zwei Jahren mit einem Antrag versucht, die Stadtverwaltung mit einem kleinen Schritt auf eine neue Schiene zu setzen: Wir wollen „Bildungsregion Kiel“ werden. Grundgedanke ist es, dass wir nicht die verschiedenen Bildungseinrichtungen nebeneinander sehen, sondern die Vernetzung vorantreiben möchten und müssen. Wir wollen von der Zuständigkeitslogik zur gemeinsamen Verantwortung für die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt kommen. Ein erster Schritt hatte damals die Einrichtung einer neuen halben Kraft „Bildungsmanagerin“ in der Verwaltung sein sollen. Nun endlich, nach zwei Jahren, zeigt dieser Schritt Früchte: die erste Bildungskonferenz in Kiel findet statt.

Wir brauchen endlich verbindliche Bildungsziele, die andere Städte längst haben!
Gerade in Zeiten knapper Kassen brauchen wir für Kiel einen Kompass:

Wir Grüne haben Ideen, in welche Richtung sich die Bildungsregion Kiel entwickeln soll. Wir wollen das Thema Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen durchbuchstabieren und nach und nach verbessern. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Kitas und Schulen: Fair und Leistungsstark! Viele Bildungsorte haben den Stier schon bei den Hörnern gepackt. Die Ziele kann aber nur die Stadtgesellschaft gemeinsam formulieren:

Uns Grünen sind folgende Punkte besonders wichtig:

Datum:
02.11.11
Befasst
ja
nein

Vertagt
ja
nein

Überwiesen
an:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

Mehr Jugendliche brauchen eine konkrete Ausbildungs- und Berufsperspektive. Die Zahl derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, können und wollen wir nicht akzeptieren. Wie können wir noch mehr Jugendliche in die Ausbildung und zur Hochschulreife führen? Chancengerechtigkeit wollen wir auch für Kinder aus schwächeren Familien, mit Sprachbarriere und Handicap. Wir wissen, dass dafür gute Bildungs- und Betreuungsstrukturen von Anfang an wichtig sind.

Die Verwaltung nimmt die Chancen einer Bildungsregion und einer Beteiligungskultur im Bildungsbereich nur zögerlich auf. Wir wünschen uns mehr „drive“ in diesem Bereich:

Darum werden wir Grünen uns im kommenden Jahr für folgende Punkte einsetzen und bitten die Ratsfraktion die nötigen Schritte einzuleiten:

- Die Bildungskonferenz kann nur der Auftakt gewesen sein. Wir wollen die Ideen der Konferenz in unserer Schulpolitik verankern und eine breite Beteiligung bei der Formulierung der Bildungsziele für Kiel.
- Damit diese Ziele Wirkung entfalten können, müssen Sie sinnvoll mit der Doppik des städtischen Haushaltes verknüpft werden. Aus dem Haushalt sollen sich die gesellschaftlichen Ziele ablesen lassen können, mit den Bildungszielen und bewährten Indikatoren könnte der Doppik im Bildungsbereich endlich Leben eingehaucht werden.
- Gemeinsam müssen wir ermitteln, wie wir die Brüche für Kinder und Jugendliche, wenn sie von einem Lernort in den nächsten wechseln, vermindern können. Ein Übergangmanagement wie sie im Rahmen des RÜM-Projektes begonnen wurde, muss für die kommenden Jahre fortentwickelt werden. Wir müssen sehen, ob sich weitere wesentliche Verbesserungen für die SchülerInnen erzielen lassen.
- Wir werden den Bildungsschatz der Region nur heben können, wenn wir bestehende Partnerschaften zwischen Schulen/Kitas und Dritten beachten, fördern, ausbauen und weiter vernetzen. Wenn wir die Ganztagschulen zu Lernort entwickeln wollen, die im Quartier verankert sind – dann geht das nur mit Dritten, wie z.B. LesepatInnen, KünstlerInnen, HandwerkerInnen, Sportvereine und Stadtteilzentren. Gerade in Zeiten knapper Kassen kann aus dieser Not eine Tugend werden. Dafür braucht es aber Koordinierung und Hilfestellung durch das Bildungsbüro.
- Wir müssen als Stadt Kiel auf das Land zugehen – Bildungsregionen entstehen nur Hand in Hand.
- Wir brauchen eine Debatte darüber, wie die Zusammenarbeit mit Eltern ausgebaut werden kann – dafür brauchen Kitas und Schulen aber die gesellschaftliche Unterstützung.

Wer in Richtung Bildungsregion geht, sieht die Verwaltung als Dienstleister der Schulen und Kitas, nicht umgekehrt. Konkrete Unterstützungen könnten die Schulen in folgenden Punkten finden.

- Wir wollen, dass die Bildungsmanagerin einen Innovationsfonds zur Verfügung bekommt. Wenn die Bildungsmanagerin Servicestelle für die Schule sein soll, muss sie auch über ein Budget verfügen, mit dem sie an den Schulen neue Impulse setzen kann. Dies ist aufkommensneutral durch kleine Umschichtungen bei den Mitteln für Ganztagschulen möglich.
- Wir wollen, dass die Landeshauptstadt auslotet, inwieweit den Schulen IT-Experten zur Verfügung gestellt werden können. Zudem soll überprüft werden, inwieweit aus dem Personalvermittlungskontingent Menschen aus der Verwaltung in den Schulen unterstützend tätig werden können, z.B. bei der Organisation von Ganztagschulen etc.
- Wir wollen, dass sich bei der Umsetzung des Bildungspaketes die Verantwortlichen aus der Verwaltung umgehend in einer Arbeitsgruppe mit Schulsekretärinnen und Kita-Leitungen zusammensetzen und prüfen, wie das Verfahren sinnvoll verbessert werden kann.
- Wir wollen, dass die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Bildungsmanagerin einen Übersetzungspool für Elternabende einrichtet. Gerade Eltern mit Sprachbarriere wollen wir in stärker einbeziehen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern wird für den Bildungserfolg der Kinder zunehmend wichtiger. Es sollte stadtteilbezogen nach mehrsprachigen Personen gesucht werden, die Schulen und Eltern an Elternabenden beim Austausch unterstützen.